

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Haushalt 2017 sind wir auf einem guten Weg, auch wenn wir den Haushaltsausgleich in 2017 nicht – ich sage bewusst: noch nicht – schaffen können.

Der ausschlaggebende Grund hierfür liegt in der nach wie vor unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land liegt.

Im gesamten Bundesland NRW haben nur 10 % der Kommunen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. In anderen Bundesländern sieht dies zum Teil übrigens völlig anders aus! Der SPD-geführten Landesregierung in Düsseldorf sind die Städte und Gemeinden nicht besonders wichtig, jedenfalls nicht die ländlichen Kommunen außerhalb der Ballungszentren wie dem Ruhrgebiet.

Man sieht dies schon an der Einwohnerveredelung, wenn große Kommunen deutlich mehr Schlüsselzuweisungen je Einwohner erhalten als kleine Gemeinden wie beispielsweise Simmerath. Diese Ungerechtigkeit lässt die Landesregierung seit Ewigkeiten immer weiter geschehen, Jahr für Jahr. Das ist eine Politik zu Lasten der kleinen ländlichen Kommunen, die völlig inakzeptabel ist.

Es bleibt daher auch in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen dringend notwendig, die Gemeindefinanzen zu reformieren und die Kommunen nicht am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen. Wir werden nicht müde, dies von Bund und Land anzumahnen, unabhängig davon, welche Parteien dort jeweils Verantwortung tragen. Ohne eine solche Reform werden die Kommunen immer mehr in die Verschuldung und in die Handlungsunfähigkeit getrieben – alles zu Lasten der Bürger vor Ort.

Dass wir den Haushaltsausgleich in 2017 nicht schaffen, liegt auch maßgeblich daran, dass wir keinen einzigen Cent an Schlüsselzuweisungen durch das Land erhalten. Vor gut 10 Jahren erhielten wir noch immer über vier Millionen Euro. Seit 2013 bekommen wir nicht einmal mehr 2 Millionen Euro, in 2016 bekamen wir nur noch etwas mehr als 1 Million Euro – und in 2017: NICHTS.

Natürlich ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Steuerkraft der Gemeinde Simmerath angestiegen ist. Das ist ja sehr erfreulich; das Land trübt diese Freude aber durch die Kürzung der Schlüsselzuweisungen und bestraft uns damit letztlich für eine florierende Wirtschaft in unserer Gemeinde.

Hätten die Schlüsselzuweisungen nur ein ähnliches Niveau wie in den vergangenen Jahren, wäre der Haushaltsausgleich schon in 2017 möglich gewesen.

Natürlich belasten uns auch erheblich sowohl die allgemeine Städteregionsumlage als auch die Jugendamtsumlage – vor allem auch wegen permanent steigender Ausgaben im Sozialbereich. Auch hier erhöhen sich durch die gestiegene Steuerkraft die Umlagegrundlagen, was letztlich zu einer deutlichen Mehrbelastung gegenüber 2016 führt.

Wie bereits im HuFA fordern wir auch heute von der StädteRegion Aachen konsequente Sparbemühungen ein.

Es gibt also keine hausgemachten Gründe dafür, dass wir den Haushalt 2017 nicht ausgleichen können. Im Gegenteil: Wir gehen hier vor Ort sehr sparsam mit Geldern und Ressourcen um, wir werfen kein Geld zum Fenster hinaus.

So gelang es uns in den vergangenen Jahren immer wieder, trotz klammer Kassen viele Projekte umzusetzen, die – vor allem auch im Schul- und Bildungsbereich – unmittelbar den Bürgern unserer Gemeinde zugutekommen.

Wir schaffen es, die Feuerwehrrhäuser in Einruhr und Rollesbroich zu bauen.

Wir schaffen es, ein lange geschobenes Regenrückhaltebecken für sehr viel Geld zu bauen.

Wir packen in gemeinsamer Anstrengung mit den Vereinen den Bau des Kultur- und Sportzentrums in Kesternich an.

Und wir schaffen es, den Rathausplatz zu bauen. Hier freut es uns, dass wir über die Gestaltung und die Vorgehensweise Einigkeit erzielt haben über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg. Dass der Rathausplatz dringend zu sanieren ist, darin sind wir uns einig. Aber auch zur konkreten Umsetzung gibt es nun eine einheitliche Linie hier im Rat. Es ist sehr sinnvoll, dass dieses Projekt nicht Gegenstand permanenter politische Debatten ist. Und mit den Fördermitteln – sie waren auch für uns stets Voraussetzung zur Umsetzung dieser Maßnahme – werden wir wohl dem Rathausplatz ein gutes Gesicht und eine ganz andere Qualität verschaffen.

Außerdem bleibt die Belastung unserer Bürger auf einem akzeptablen Niveau:

#### Stabile Gebühren

Alle Gebühren (Abwasser, Müll, Friedhof, Straßenreinigung) bleiben in 2017 stabil. Es gibt keine relevanten Steigerungen, zumeist sinken die Gebühren sogar leicht. Das sind die Ausgaben, die die Bürger unmittelbar in ihrem Portemonnaie spüren - und es ist daher eine gute Nachricht, dass es hier nicht zu einer Mehrbelastung kommt.

#### Stabile Steuern

Gleiches gilt aber auch für die Grundsteuern A und B sowie für die Gewerbesteuer. Hier sind die Steuersätze im Jahr 2016 maßvoll erhöht worden; das war seinerzeit auch nötig, um nicht Gefahr zu laufen, in den Nothaushalt abzurutschen.

Die aktuellen Steuersätze sind aber nach wie vor moderat und sie halten jedweden Vergleich mit den übrigen Kommunen in unserer Nachbarschaft locker Stand.

Die Simmerather Bürger profitieren von den niedrigsten Steuersätzen im interkommunalen Vergleich und auch von stabilen Gebühren. Das macht unsere Gemeinde Simmerath auch weiterhin für Zuzüge und Ansiedlungen attraktiv.

Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die CDU als Mehrheitsfraktion in den vergangenen Jahrzehnten stets eine sparsame Haushaltspolitik betrieben hat. An diesem Kurs wollen wir auch zukünftig selbstverständlich festhalten.

#### Rückführung von Schulden

Mit dem Haushalt 2017 gelingt es uns außerdem, die langfristigen Schulden weiter zu reduzieren. Wir sind hier in letzter Zeit schon große Schritte vorangekommen. Und bis 2020 können wir weitere rund 5,5 Millionen Euro Schulden abbauen. Das mindert die Belastung der kommenden Generationen und ist deshalb auch besonders wichtig.

Und für 2020 dürfen wir einen vollständig ausgeglichenen Haushalt erwarten. Das schaffen wir, ohne Unterstützung beispielsweise aus dem Stärkungspakt zu bekommen, und ohne die Steuern anheben zu müssen. Das sind gute Aussichten für unsere Bürger.

### Änderungsanträge SPD

Lassen Sie mich noch Stellung nehmen zu den Änderungsanträgen der SPD aus dem HuFA:

#### 1) Ratsinformationssystem

Hier hatten CDU und GRÜNE schon im Jahr 2014 die Initiative ergriffen.

Wir stehen dem Thema auch heute noch offen gegenüber; nach wie vor wünschen wir, dass die Verwaltung hierzu ausführliche Informationen einholt und uns hierdurch eine Grundlage schafft, über dieses Thema zu beraten. Ob es dann – falls man sich dafür entscheidet – 2017 oder 2018 zur Einführung kommt, ist für uns nicht entscheidend.

Erst wollen wir aber eine breite Entscheidungsgrundlage haben, DANACH erst wollen wir Geld für den Haushalt vorsehen – nicht umgekehrt, so wie es die SPD will.

#### 2) Freifunk

Die bislang beschlossenen Einsatzorte sind noch nicht alle abgearbeitet, für 2017 stehen 5.000 € im Haushalt und für die Folgejahre jeweils 2.500 €. WO genau die SPD nun nochmals weitere 5.000 € für 2017 umsetzen möchte, hat sie bislang nicht erklärt. Auch hier gilt für uns: Erst in der Sache beraten, dann Geld bereitstellen.

#### 3) Straßeninstandsetzung

Die SPD möchte die – vom TVDA schon beschlossenen – Mittel für die Wirtschaftswege um 20.000 € kürzen; anders als die SPD ist für uns aber auch die Instandhaltung der gemeindlichen Wirtschaftswege wichtig und wir halten deshalb an der Entscheidung des Fachausschusses fest, die wir keinesfalls in den Haushaltsberatungen dann wieder kippen wollen.

Bei der Straßeninstandsetzung konnten wir ein tolles Ausschreibungsergebnis erzielen und deshalb mehr Arbeiten in Auftrag geben als zunächst gedacht. Auch deshalb ist es gar nicht notwendig, den Ansatz bei den Wegeinstandsetzungen zu kürzen und bei der Straßeninstandsetzung zu erhöhen.

#### 4) Instandhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen

Hier will die SPD den Haushaltsansatz von rund 300.000 € drastisch reduzieren um 100.000 €.

Was sich vielleicht zunächst wie ein Sparvorschlag anhört, ist in Wirklichkeit ja gar keiner:

Denn unterlassene Instandhaltung führt im Ergebnis zu höheren Kosten statt zu Einsparungen; und zum anderen benennt die SPD keine einzige KONKRETE Maßnahme, die sie für nicht erforderlich hält.

In Wirklichkeit will die SPD ja durch ihren Antrag nur Druck machen in Sachen Gebäudemanagement. Bei DIESEM Thema sind wir uns inhaltlich einig: Auch wir wollen hier weiter vorankommen, nachdem wir im Fachausschuss vor einigen Monaten hierzu bereits erste Fortschritte gezeigt bekommen haben. Hier mahnen auch wir weiterhin eine zügige Bearbeitung an.

So einig wir uns in diesem Ziel sind, so entschieden lehnen wir aber die Idee der SPD ab, als politisches Druckmittel den Haushaltsansatz um ein ganzes Drittel zu kürzen und damit den Werterhalt gemeindlicher Gebäude nachhaltig zu gefährden.

5)

Nicht nachvollziehbar ist für uns schließlich auch der Antrag der SPD, 35.000 € für die energetische Sanierung in Langschoss zu streichen, obwohl wir hierdurch ja das Gebäude verbessern und Energiekosten sparen.

Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, dass die SPD stattdessen mit einem Betrag von 10.000 € einsteigen möchte in die Planung einer neuen zentralen Unterkunft für Flüchtlinge. Und das sogar, obwohl wir vor einiger Zeit noch rund 500.000 € ausgegeben haben für die Kanalisation von Langschoss !

Es ist zwar gewiss ein Nachteil, dass Langschoss gut 2 Kilometer außerhalb der nächsten Ortschaft liegt; aber deshalb eine gut funktionierende Flüchtlingsunterkunft aufgeben zu wollen, ist für uns unverständlich.

Dann sollte die SPD auch klar sagen, WO im Gemeindegebiet sie sich denn eine neue zentrale Unterkunft vorstellt, in der man – wie jetzt in Langschoss – rund 50 Personen unterbringen kann. Auf unsere Nachfrage im HuFA erhielten wir hierauf keine Antwort.

Wenn man Flüchtlinge möglichst zentral unterbringen will mit guter Anbindung an den Busverkehr, dann dürfte das ja wohl nur in Simmerath oder Lammersdorf möglich sein.

Welche Grundstücke oder welche Bestandsobjekte hat die SPD denn hierfür im Auge?

Bislang gibt es hierzu keine Antwort.

Und mehr noch: Will die SPD tatsächlich große Summen – unter einer Million dürfte das ja gar nicht zu realisieren sein – ausgeben für Neu- oder Umbau einer neuen zentralen Unterkunft für 50 Personen ? Wer planen lassen möchte, ist ja offenbar auch zu dieser gewaltigen Ausgabe bereit; sonst würde der Einstieg in die Planung ja gar keinen Sinn ergeben.

Wenn es hierfür eine nachvollziehbare Notwendigkeit gäbe, könnte man ja darüber reden; aber genau diese Notwendigkeit gibt es gerade nicht.

Diesem aus unserer Sicht unausgegorenen und unverständlichen SPD-Antrag treten wir deshalb nicht näher.

### UWG

Die UWG hat sich im HuFA dahin geäußert, dass man wohl kaum noch mehr sparen könne als dies im Haushaltsentwurf berücksichtigt ist. Über diese Äußerung freuen wir uns, denn damit verabschiedet sich die UWG offenbar von der Haltung in früheren Jahren, als sie dem Haushalt mehr oder weniger aus Prinzip nicht zustimmte, ohne aber konkrete Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die jetzige Haltung der UWG bewerten wir deshalb als sehr konstruktiv, vorausgesetzt sie lässt ihrer Ankündigung auch Taten folgen und stimmt dem Haushalt 2017 zu.

Meine Damen und Herren –

Der Haushalt 2017 ist solide aufgestellt.

Wir danken der gesamten Verwaltung mit allen ihren Mitarbeitern und besonders dem Kämmerer, Herrn Laschet, für ihre gute Arbeit.

Ein besonderer Dank gilt Herrn Laschet dafür, dass er uns in unseren Fraktionsberatungen für Fragen und Auskünfte zur Verfügung gestanden hat.

Für Änderungsanträge zum Haushalt 2017 sehen wir keine Veranlassung, deshalb stimmen wir dem vorgelegten Haushalt in der aktualisierten Form zu.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Christoph Poschen  
Vorsitzender CDU-Fraktion  
im Rat der Gemeinde Simmerath

14.02.2017